



Stellungnahme des Wiwili-Vereins Freiburg zur aktuellen Situation in Nicaragua

Wir, der Verein "Städtepartnerschaft Wiwili-Freiburg e.V.", kurz „Wiwili-Verein Freiburg“, unterstützen seit 1984 mit finanzieller Hilfe der Freiburger Bevölkerung, der Europäischen Union und der Stadt Freiburg die Bemühungen der Bevölkerung in Wiwili in Nicaragua, ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

Mit Erschütterung, Unverständnis und zunehmender Empörung verfolgen wir die sich eskalierenden Auseinandersetzungen in Nicaragua. Aus den vielen Berichten, die wir aus sehr unterschiedlichen Quellen erhalten haben, ergibt sich für uns das folgende Bild.

Am 18. April 2018 begannen in verschiedenen Städten Nicaraguas friedliche Proteste der Studenten und der Bevölkerung gegen die Reform der Sozial- und Rentenversicherung INSS. Die Proteste wurden mit großer Gewalt durch Schlägertrupps und die Nationale Polizei niedergeschlagen. Es gab erste Tote. Die Reform wurde wenige Tage später zurückgenommen. Dennoch haben in den vergangenen Wochen die Proteste, die Regierungs-Gewalt und die Straßen-Barrikaden zugenommen. Die Proteste werden organisiert von Studierendenbewegungen und weiteren zivilgesellschaftlichen Gruppierungen wie der Anti-Kanal Bewegung, der Bauernschaft und mittlerweile breiten Bevölkerungsgruppen in allen Städten.

In den vergangenen Jahren herrschte in Nicaragua Ruhe und relativer Wohlstand. Die Proteste kamen aber nicht aus heiterem Himmel. Die Unzufriedenheit mit der undemokratischen Herrschaft und der Repression durch das Präsidentenpaar Ortega / Murillo hat sich in den letzten Jahren angestaut. Die Protestierenden fordern jetzt nicht nur ein Ende der Repression, sondern den Rücktritt des Präsidenten Ortega und Demokratisierung.

Auf Initiative der nicaraguanischen Bischofskonferenz wurde am 16. Mai ein nationaler Dialog mit Vertretern der Regierung begonnen, der sich mittlerweile vor allem wegen der Unnachgiebigkeit der Regierungsvertreter und der unverminderten Repression in einer Sackgasse befindet. Bischöfe wurden tätlich angegriffen, weil sie Opfern helfen. Die Regierungsseite ist weder gewillt, die zivilen Opfer anzuerkennen noch die Repression zu stoppen, um die Verhandlungen voran zu bringen. Sie besteht auf dem Abbau der Barrikaden. Die Straßensperren werden errichtet, um Angriffe von Polizei und Schlägern auf Protestierende aufzuhalten. Verkleidete Paramilitärs verüben nach Beobachtungen der Bevölkerung und der Menschenrechtskommission Brandanschläge, bei denen Menschen sterben. Gerade bei diesen Vorfällen spielen die rasche weltweite Verbreitung der Filme und der inoffiziellen Nachrichten über soziale Medien eine wichtige Rolle. Inzwischen wird durch Druck auf Krankenhausleitungen trotz Protesten der Ärztekammer sogar die Versorgung von Verletzten behindert.

Die friedlichen Proteste werden mit großer Brutalität niedergeschlagen, und dies trotz der Anwesenheit von internationalen Menschenrechtskommissionen. Die Polizei agiert gemeinsam mit verummumten paramilitärischen Schlägertrupps. Unter dem Schutz der Anonymität werden Scharfschützen und Kriegswaffen eingesetzt. Mit mehreren Hunderten Paramilitärs wird jetzt eine Stadt nach der anderen „gesäubert“.

Die Menschenrechtskommission CIDH der Organisation amerikanischer Staaten OAS war und ist wieder im Land und berichtet am 21.6.2018 ausführlich über schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen: Vorwiegend gezielte Schüsse in Kopf oder Brustkorb haben mehr als 320 Menschen (Stand 11.7.2018) das Leben gekostet. Tausende wurden verletzt, es gibt viele Berichte über Folterungen. Hunderte sind Opfer willkürlicher Verhaftungen. Das ganze Land leidet unter Versorgungsmängeln, Einschüchterungen und Bedrohungen nicht zuletzt von Familienangehörigen. Mittlerweile sind die Grausamkeiten als Verbrechen gegen

die Menschlichkeit zu bezeichnen. Die UNO, das Europäische Parlament und die Mehrheit der lateinamerikanischen Länder bei der OAS haben die Menschenrechtsverletzungen scharf verurteilt und das Ende des Staatsterrors gefordert.

Der Wiwilí-Verein fühlt sich aufgerufen, seine Solidarität mit den Menschen Nicaraguas zu bekräftigen und fordert die bestehende Regierung auf, fundamentale Menschenrechte zu respektieren und die Gewalt zu beenden. Wir wissen um die Kraft der nicaraguanischen Bevölkerung und erkennen die Erfolge an, welche in den vergangenen 40 Jahren erreicht wurden. Das grausame Vorgehen der Regierung ist jedoch weder mit sandinistischen noch mit humanistischen Idealen vereinbar.

Wir verurteilen die Repression und Gewalt seitens der Regierung Ortega / Murillo auf das Schärfste!

- Wir verurteilen den Einsatz von Schusswaffen seitens der Nationalen Polizei und der schwer bewaffneten paramilitärischen Gruppen gegen die protestierende Bevölkerung.
- Wir verurteilen Hunderte von gezielten Tötungen, sowie die in den Gefängnissen eingesetzte Folter und den sexuellen Missbrauch gegen die politischen Gefangenen.
- Wir verurteilen die Zensur und Manipulation von Medien als auch die Angriffe auf Pressevertreter

Wir fordern in enger Verbundenheit mit den Menschen in Nicaragua:

- Den sofortigen Stopp jeglicher Form der Repression gegen die Protestierenden, sowie die uneingeschränkte Wahrung und den Schutz der Menschenrechte, vor allem des Rechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit.
- Die Freilassung aller politischer Gefangenen, sowie die unversehrte Rückkehr der Verschwundenen zu ihren Familien.
- Die Gründung einer internationalen und unabhängigen Einrichtung zur Aufklärung der Gewalttaten während der Proteste, sowie die gerichtliche Verfolgung und Bestrafung aller Verantwortlichen.
- Die Auflösung und Entwaffnung der paramilitärischen Gruppen.
- Garantien, dass Bürger, die öffentlich ihre Unzufriedenheit mit der Regierung ausgedrückt haben und ausdrücken, keine Opfer von weiteren Repressionen werden.
- Die uneingeschränkte Achtung der Pressefreiheit.
- Die Beendigung und Lösung der Konflikte mit friedlichen Mitteln und die unbedingte Vermeidung eines Bürgerkriegs oder eines bewaffneten oder anhaltenden Konfliktes.

In Anbetracht der dramatischen Situation fühlt sich der Wiwilí-Verein Freiburg mit der nicaraguanischen Bevölkerung in ihrem Einsatz für Menschenrechte und Demokratisierung solidarisch. Wir wollen dringend die Entwicklungsprojekte in Wiwilí fortführen. Wir wollen auch weiterhin verstärkt über die Situation in Nicaragua - auch durch öffentliche Aktionen in Freiburg - informieren. Wir fordern Politiker aller Parteien auf, dem Unrecht in Nicaragua nicht schweigend zuzusehen.

Der Vorstand des Wiwili-Vereins Freiburg, 19.Juli 2018,

Marlu-Würmell-Klauss, Phillip Grimm, Leo Rupp, Guntram Ehrlenspiel, Valentin Hirsch